

Dresdner Volkszeitung

Hofschiedsamt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Bankkonto: Geb. Anhalt, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Postlagen
Nach der Arbeit und "Post und Zeit" für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibstube: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kondensatzzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietanzeigen
40 Proz. Rabatt. Für Beleglieferung 10 Pf.

Nr. 59

Dresden, Donnerstag den 11. März 1926

37. Jahrg.

Wofür ihr euch einzeichnen sollt!

Alle diejenigen, die beim Volksbegehren sich in die Eintragungslisten einzeichnen, entscheiden sich für den von den Arbeiterparteien eingereichten Gesetzentwurf.

Dieser Gesetzentwurf sagt aber nicht nur, daß das Vermögen der Fürsten entschädigungslos enteignet werden soll (Artikel 1 des Gesetzentwurfs), er sagt im Artikel 2 auch ganz eindeutig und klar, wozu das enteignete Vermögen der Fürsten verwandt werden soll.

Der Artikel 2 des zum Volksentscheid gestellten Gesetzentwurfs heißt im Wortlaut:

Artikel 2:

Das enteignete Vermögen wird verwendet zugunsten:

- a) der Erwerbslosen,
- b) der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen,
- c) der Sozial- und Kleinrentner,
- d) der bedürftigen Opfer der Inflation,
- e) der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern durch Schaffung von Siedlungsland auf dem enteigneten Landbesitz.

Wer also dafür ist, daß nicht die ausgerissenen Fürsten Hunderte von Millionen bekommen, sondern die Erwerbslosen, Sozialrentner, Kriegsbeschädigten, die Opfer der Inflation, die Siedler und Kleinbauern usw., der

muß sich sofort einzeichnen!

Demokratischen Parteiaussschusses wird die Aktion der demokratischen Organisationen im Lande für das Volksbegehren begründet und unterstützt.

Die bayerischen Jungdemokraten für das Volksbegehren

Der Vorstand des Jungdemokratischen Bundes von Bayern hat in seiner Vorstandssitzung einstimmig beschlossen, sich dem staatsbürgerlichen Ausschuss zur Förderung des Volksbegehrens anzuschließen. Er fordert seine Mitglieder und Anhänger im Lande an, sich in die Listen für das Volksbegehren einzutragen.

Das Volk brachte sein Letztes!

Wilhelm der Zweite und Letzte hatte eine eigene Vermögensverwaltung, die die Millionen betreute und zinsbringend anlegte, die er sich aus seinem "sorglichen" Schatzgeld alljährlich zurücklegen vermochte. Mit dem deutschen Kaiser so gehandelt worden, wie er es von der letzten und armen Kriegervitwe verlangte?

Wilhelm von Doorn besaß unter seinem Vermögen auch amerikanische und russische Aktien und Obligationen, er hatte sie von seiner Vermögensverwaltung schon vor dem Kriege neben vielen deutschen Industrierpapieren kaufen lassen. Als der Krieg zu Ende ging und die Revolution kam, besaß er diese Papiere immer noch!

Es handelt sich um folgende Objekte:

Victoria Falls Power Company	612 000 G.M.	Nennwert
Kursk-Charkow-Akow-Prioritäten	66 000 G.M.	
Polgar Fabrikbahn	193 000 G.M.	
Roskau-Windau-Rubinsk-Prioritäten	462 000 G.M.	
Mjan-Nealk-Prioritäten	331 000 G.M.	
Russische Südbahn	369 000 G.M.	

Wilhelm der Zweite hatte also einige Millionen Goldmark seines Vermögens in amerikanischen und russischen Werten angelegt. Er verkaufte sie auch nicht, als vier Jahre lang immer wieder und wieder zum letzten Opfer aufgefressen wurde. Er hielt die Anlage seines Geldes in Eisenbahnen, die von den Russen zum Teil mit französischem Gelde als strategische Bahnen gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gebaut worden waren, für rentabel und patriotisch! Wilhelm der Zweite hat die russischen Werte an die Russen verloren, die Amerikaner beschlagnahmten die amerikanischen Werte. Er hat es vorgezogen, den Russen und den Amerikanern Millionen zu schenken statt sie als Kriegsanleihe dem deutschen Volke, "seinen Untertanen", zu opfern.

Russische und amerikanische Zinsen waren ihm sicherer als die Zinsen der deutschen Kriegsanleihe!

Dieser Mann schreibt jetzt, daß sich die Demokratie durch unerfüllliche Eier nach Reichümern auszeichne, daß sie "alles Lebige um des Geldes willen vernachlässige".

Der Mann der russischen und amerikanischen Industrierpapiere verlangt jetzt, daß das deutsche Volk ihn entschädigt!

Du hast recht, wenn du dich empörst! Antworte Wilhelm von Doorn! Gehe sofort, zeichne dich in die Liste ein und nimm noch einen Stimmberechtigten mit. Unterschreibe, daß Wilhelm von Doorn nichts mehr zu bekommen hat!

Der Bußschplan der Schwarzen Reichswehr

Die Schwarze Reichswehr und ihre Gemeindeführer sind die Sitzung des Reichstagsuntersuchungsausschusses für die Reorganisation und den Antrag der Staatsanwaltschaft Berlin auf Genehmigung der Strafverurteilung von neun kommunistischen Reichstagsabgeordneten wegen Verdachts des Hochverrats im Jahre 1923 wieder in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Abg. Landberg regte an, daß angesichts der Wichtigkeit des Materials ein besonderer Sekretär mit der Sicherung des einlaufenden Materials und mit der Erledigung der Vorarbeiten beauftragt würde. So wurde beschossen. Der Hauptberichterstatter wurde einmütig Dr. Lebi (Soz.) gewählt. Die Denkschrift des Reichswehrministeriums enthält: Der Generaloberst von Seeck habe die von rechtsradikalen Kreise gestimmte Anregung zur Bildung einer Schwarzen Reichswehr in scharfer Form zurückgewiesen.

Ein weitere Denkschrift ist von neun kommunistischen Reichstagsabgeordneten verfaßt, um dem Antrag des Oberstaatsanwalts auf Strafverurteilung wegen Hochverrats im Januar 1923/24 entgegenzutreten. In der Denkschrift werden zunächst die Vorgänge des Jahres 1923 eingehend behandelt und vor allem die eigenartige Rolle, die der Führer des Landbundes der Provinz Brandenburg, von Oppendorfer, und der Westfälischer Landbundesführer von Wenzel sowie der Reichswehr-Oberleutnant Voh, der General von Tschischwitz in Stettin, der Major von Dnbarga in Schwerin gespielt haben. Neu ist in der Denkschrift der Vorbereitungsausschuss für den in der Nacht vom 29. zum 30. September geplanten Putsch.

Ein Kommando z. B. V. („zur besonderen Verfügung"), das im großen und ganzen aus den Gemeindeführern des Oberleutnants Schults zusammengesetzt war, sollte die Regierung aktionsunfähig machen durch folgende „Vorarbeit": Nachts 2 Uhr, eine Stunde vor Sammeln der Truppen, sollten ohne weiteres erschossen werden: der Reichspräsident Ebert, der Reichskanzler Brüning und der Minister Severing. Alle anderen Minister sollten verhaftet, bei dem geringsten Widerstand jedoch ebenfalls erschossen werden. Der Stadtkommandant von Berlin sollte gleichfalls über die Klinge springen, sobald er irgendwelchen Widerstand bereite.

Im übrigen werden recht dunkle Beziehungen zwischen dem Oberleutnant Voh, dem Justizrat Claf, den Wehrkommandanten: untersucht werden.

Demokraten und Volksbegehren

Der demokratische Reichsausschuss hat sich am Mittwoch in einer den ganzen Tag in Anspruch nehmenden Sitzung mit der Stellung der Demokratischen Partei zur Volksbegehren befaßt. Die Faltung der Reichstagsfraktion wird vertreten durch den Parteivorstandenden Koch, die Faltung der staatsbürgerlichen Ausschusses für das Volksbegehren durch den Landtagsabgeordneten Rausche. Nach längerem Gespräch wurde folgende Beschlüsse gefaßt:

Der Parteiaussschuss spricht dem Vorsitzenden und Reichstagsfraktion den warmsten Dank aus für die unermüdete und erfolgreiche Tätigkeit, die sie zur Verwirklichung des Gesetzentwurfs für die Fürstenenteignung entfaltet haben.

Die Volksbewegung, die durch die massenhaften Ansprüche der Fürsten entfesselt wurde und deren sich als erste die Demokraten angenommen haben,

hat zwar nicht alle Ziele erreicht, aber einer erträglichen Regelung die Wege geebnet.

Der Parteiaussschuss stimmt dem neuen Kompromiß der Regierungsparteien über die Fürstenabfindung zu. Für den Fall, daß die verfassungsmäßige Mehrheit für diesen Entwurf infolge des Widerstandes der Rechten nicht erreicht werden sollte, behält sich der Parteiaussschuss die Regelung der Frage durch den Volksentscheid vor.

Dieser Beschluß weicht erheblich ab von der eindeutigen Aufforderung der demokratischen Parteileitung, das Volksbegehren nicht zu unterstützen. Er nimmt zwar nicht ausgesprochen Stellung für das Volksbegehren — wer sich aber die Entscheidung der Fürstenfrage durch den Volksentscheid vorbehält, der muß die verfassungsmäßigen Voraussetzungen dafür schaffen, daß der Volksentscheid möglich wird. Der Vorbehalt des demokratischen Parteiaussschusses bedeutet zugleich die Notwendigkeit der Unterstützung des Volksbegehrens durch die Demokraten.

Diese Unterstützung ist um so notwendiger, als durchaus noch nicht feststeht, daß alle Regierungsparteien im Plenum des Reichstags für das neue Kompromiß eintreten werden. Die Bayerische Volkspartei hat ihre Widerstände nicht aufgegeben, und die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat zwar prinzipiell dem Kompromiß zugestimmt, hat aber, wie der Lokalanzeiger berichtet, davon Abstand genommen, einen Beschluß auf Fraktionszwang zu fassen.

Durch diese Laftachen sowie durch den Beschluß des

Reaktionäre Unternehmerwünsche

Sächsische Industriellen-Tagung — Angriffe auf die Sozialdemokratie — Wahlrechtsanfeindung

Der Verband Sächsischer Industrieller hielt am Mittwoch in Dresden unter harker Beteiligung seine diesjährige Hauptversammlung ab.

Sonntags Dr. März erstattete in der geschlossenen Mitgliederversammlung den Geschäftsbericht. Darin wird die Wirtschaftskrise als das Ergebnis der jahrelangen Auszehrung Deutschlands durch den Krieg, den Verlust der Exporte, die Inflation und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, zu einem großen Teile aber auch als das Ergebnis einer Fäulnis der inneren Politik Deutschlands bezeichnet, die, statt sich auf den geschwächten Zustand der Wirtschaft einzustellen und den Grundstab der Kapitalbildung richtunggebend zu benutzen, die Wirtschaft mit neuen Lasten bedeckte. In Zeiten wirtschaftlicher Depression müsse die Zurückstellung aller überflüssigen Ausgaben gefordert werden. Von den Arbeitern des Landtages sagt der Geschäftsbericht, daß

hinichtlich der Revision der Gemeindeordnung das Erreichte noch weit hinter den Wünschen des Verbandes zurückbleibt.

Die Ausdehnung der Staatswirtschaft wird abgelehnt.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik fordert der Verband zusammenfassend, daß weitere Belastungen unter der jetzigen Wirtschaftslage überhaupt vermieden werden müssen, weil sie nur einen nachteiligen Einfluß auf die Höhe der Produktion haben können. Er fordert die Abschaffung der Höhe der Verwaltungskosten und der Möglichkeit der Verrentung des Verwaltungsapparates der Sozialversicherung. In der Frage der Arbeitszeit vertritt der Verband den Standpunkt, daß eine Ratifikation des Washingtoner Abkommens so lange nicht in Frage kommen kann, wie nicht die andern bedeutenden Industriestaaten, besonders Nordamerika, ratifiziert haben.

Im Anschluß daran fand die allgemeine Versammlung statt. Auch hier hielt der Vorsitzende Wozar eine Eröffnungssprache, in der er die Zusammenkünfte schloß, die zum Zusammenbruch der Wirtschaftskrise geführt haben. Er freute sich

kurz die furchtbaren Konkurrenz- und Stilllegungsaktionen und fügte hinzu, daß aus der Reinigung- und Erlebensweise eine Einheitskrise geworden sei.

Darauf hielt der Reichstagsabgeordnete Bergdittler, Dr. Mademacher, Vorna, einen Vortrag über

Die Aufgaben der Wirtschaftspolitik.

Er betrachtete den Kampf um die Sozialisierung als noch nicht abgeschlossen. Bei der gegenwärtigen Zusammenziehung des Reichstages könne eine wirklich gesunde Wirtschaftspolitik nur betrieben werden, wenn auch in der Menge der Arbeitnehmer das Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit für Existenz und Fortbestand der Betriebe in gleichem Maße entwickelt sei wie beim Unternehmertum. Von diesem Idealzustand sei man jedoch noch weit entfernt. Er sei eine Unmöglichkeit in einem Staat, dessen Arbeitnehmer seit Jahrzehnten planmäßig zum Klassenkampf und Klassenhaß erzogen seien. Es wäre die staatspolitische Aufgabe der Sozialdemokratie gewesen, in dem Augenblicke, in dem sie das erstrebte Ziel eines bestimmten Einflusses auf den Wirtschaftsprozess erreichte, in ihren Anhängern die staatspolitische Umstellung herbeizuführen. Gegenüber dieser Aufgabe habe die Sozialdemokratie versagt. Eine wirkliche Abhilfe könne nur in einer Befähigung der Arbeiter gesehen werden, die sie

eine nicht auf allgemeinen Wahlen beruhende, für längere Zeit in ihrer Zusammensetzung gleichbleibende Oberpersone

eine bestimmende Mitwirkung an den geschäftlichen Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete haben soll. Der Redner warnte dann noch vor der Aufnahme ausländischer Kredite und erklärte die vom Reparationsagenten empfohlenen Zentus der Weltmarktpreise als nicht möglich, ohne daß das deutsche Volk in seiner Lebenshaltung leide.

Es folgte ein Vortrag von Regierungsrat a. D. Dr. Stigler über